

Herrn
Bundesminister
Sigmar Gabriel
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 20. März 2017

SPD-Wahlprogramm für eine vernünftige Energiepolitik

Sehr geehrter Herr Bundesminister Gabriel,

bis Ende Januar 2017 trugen Sie Verantwortung für die deutsche Energiepolitik. Bereits im August 2013 erkannten Sie: *„Das EEG war ein kluges Gesetz, als grüne Energien eine Nische waren. Jetzt entwickelt es sich zum Hindernis für deren Zukunft.“* Im April 2014 räumten Sie ein, dass bei der Energiewende *„die Komplexität auf allen Feldern unterschätzt“* wurde. Ebenso zutreffend wiesen Sie im Mai 2016 darauf hin, dass die Vertreter der vom EEG begünstigten Branche *„Leute sind, die Geld verdienen wollen“*, und dass diese *„Jagdhunde keinen Welpenschutz mehr brauchen.“*

Ihrem dankenswerten Bemühen um eine weniger planwirtschaftliche Ausrichtung des Förderregimes zum Trotz:

Der durch das EEG angeheizte **Subventionswettlauf** zu Lasten der Allgemeinheit und der Natur ist weiter in vollem Gange. Um Platz für immer mehr Windkraftanlagen zu schaffen - der vom Bundesgesetzgeber definierte Ausbaukorridor wird regelmäßig erheblich überschritten - werden Wälder gerodet, Naturräume in Industriezonen verwandelt und ganze Arten in Existenznot gebracht. Gleichzeitig steigen die Stromkosten systembedingt und zwangsläufig immer weiter an. Einkommensschwächere Haushalte leiden am stärksten, Gutsituierte können mittels Solardach oder Windparkbeteiligung am Subventionsvolumen partizipieren - eine Umverteilung von „unten“ nach „oben“. Im ländlichen Raum werden Menschen durch Wertverlust ihrer Häuser entschädigungslos enteignet - Lebensentwürfe werden zerstört.

Dabei verursacht der Zubau an Windkraft- und Solarkapazitäten mittlerweile unübersehbare **technische und wirtschaftliche Verwerfungen**. Kernproblem ist die Volatilität, die einen Anstieg der zufälligen Leistungsschwankungen und -spitzen bewirkt. Mit der Folge, dass immer häufiger teuer subventionierter Strom regelrecht verklappt werden muss, wir jedoch trotzdem auf konventionelle Kraftwerke bzw. den Import von Kohle- und Atomstrom angewiesen bleiben.

Während Betreiber von EEG-geförderten Anlagen weiterhin auf 20 Jahre fixierte Vergütungen bekommen, nimmt der **Unmut in der Bevölkerung** zu: Die Auswirkungen der einschlägigen Bundesgesetze auf lokale Flora, Fauna, Landschaft und Lebensqualität rufen bundesweit bürgerschaftliches Engagement hervor, das sich

gegen die ökologischen Flurschäden einer als unvernünftig erkannten Politik zur Wehr setzt. Als Vertreter jener in starkem Wachstum befindlichen gesellschaftlichen Gruppe - unser gemeinnütziger Verein umfasst ein bundesweites Netzwerk aus aktuell rund **650 windkraftkritischen Bürgerinitiativen** und zehn Landesverbänden - möchten wir Sie als Vorsitzenden der ehrwürdigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf diesen **sozialen und ökologischen Sprengstoff** aufmerksam machen. Wir bitten Sie eindringlich, die Situation zu entschärfen und folgende Punkte in Ihrem Wahlprogramm zu berücksichtigen:

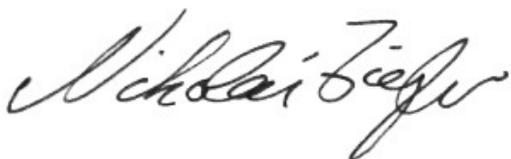
1. Im Sinne Ihrer Einschätzung aus dem August 2013 gehört das EEG abgeschafft. Die Abnahme- und Preisgarantie für „erneuerbar“ produzierten Strom ist Wurzel aller aktuellen und künftig immer gravierenderen Probleme der Energiewende. Sollte sich diese klare und vielstimmig wiederholte Empfehlung der unabhängigen Wissenschaft nicht durchsetzen lassen, so sind wenigstens die krassesten Auswüchse des Irrationalen zu lindern. Insofern wäre
 - 1.1. die Vergütung für nicht-produzierten Strom, die sog. „Härtefallregelung“ (§ 15 EEG) abzuschaffen;
 - 1.2. die Abnahmegarantie für EEG-Strom (§19 EEG) aufzuheben;
 - 1.3. der im Referenzertragsmodell verankerte Grundsatz *„je schlechter der Standort, desto höher die Subvention“* (§36h EEG) ad acta zu legen;
 - 1.4. der auf 20 Jahre festgelegte Vergütungszeitraum drastisch zu reduzieren. Dieser ist in keiner anderen Branche bekannt, hemmt die technologische Entwicklung und bedingt die von Ihnen richtigerweise benannten *„langfristigen negativen Auswirkungen staatlicher Planung“*;
2. Die baurechtliche Privilegierung der Windkraftindustrie (§ 35 BauGB) aufzuheben;
3. Die im Interesse der Windkraftindustrie auf den Weg gebrachte Aufweichung des Bundesnaturschutzgesetzes (artenschutzrechtliches Tötungsverbot, § 44 (1) BNatschG) zu stoppen.

Das für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt enorm wichtige Thema Energiepolitik darf im Wahlkampf weder ein Nischendasein fristen noch extremen Gruppierungen überlassen werden.

Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, sich auf die genannten Punkte zu verständigen, können die Interessen der ideologisch und finanziell unabhängigen, arbeitenden Menschen und die energiepolitische Vernunft wieder zur Geltung kommen. Die SPD würde sich erneut um unser Land verdient machen und könnte vielen im Widerstand gegen den Windkraftwahn engagierten (bislang von der SPD auf Bundes- und Landesebene vernachlässigten) Menschen die politische Heimat zurückgeben.

Für Ihre Fragen oder auch ausführliche (ggf. vertrauliche) Hintergrundgespräche stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Die Debatte in der SPD und die Programmfindung werden wir intensiv beobachten und die Ergebnisse kommunizieren. Auf einem vernunftorientierten Kurs wünschen wir Ihnen vollen Erfolg!

Mit freundlichem Gruß



Dr. Nikolai Ziegler
1. Vorsitzender und Fachbereichsleiter Volkswirtschaft



Dr.-Ing. Detlef Ahlborn
2. Vorsitzender und Fachbereichsleiter Technologie